



## Beschlusskammer 8

Aktenzeichen: BK8-21/001-A

### Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV, 69 Abs. 1 i.V.m. Abs. 7 EnWG

wegen            Festlegung über die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitäts-  
                         elementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom nach den §§ 19  
                         und 20 ARegV

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekom-  
munikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden    Karsten Bourwieg,

den Beisitzer                    Stefan Albrecht

und den Beisitzer                Bernd Petermann

am 03.03.2021 beschlossen:

1. Betreibern von Elektrizitätsverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 3 EnWG, die kein geschlossenes Verteilernetz nach § 110 EnWG betreiben und die für die dritte Regulierungsperiode keine Genehmigung zur Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 Abs. 1 ARegV erhalten haben, wird aufgegeben, die zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit erforderlichen Daten bis spätestens zum 30.04.2021 und zum 30.04.2022 elektronisch an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Dies umfasst Daten für die Bestimmung der Kennzahlenwerte zu den Versorgungsunterbrechungen sowie zusätzliche Daten zur Bestimmung von Kennzahlenvorgaben (Referenzwerte) und Daten zur Bestimmung der monetären Auswirkung (Bonus/Malus) auf die individuelle Erlösobergrenze. Dabei sind die Daten in dem Umfang, in der Struktur und mit dem Inhalt, wie sie in der Anlage 1 (Erhebungsbogen) vorgegeben sind, unter Berücksichtigung der darin enthaltenen Datendefinitionen zu übermitteln. (Die Anlage 1 ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de> → Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → Beschlusskammer 8“ → „Aktuelles“).
2. Die Erfassung und Übermittlung der Daten haben die unter Ziffer 1 genannten Netzbetreiber nach Maßgabe der nachfolgenden Vorgaben durchzuführen:
  - a) Der Erhebungsbogen ist ausschließlich elektronisch, unter Nutzung der aktuellen Version der von der Bundesnetzagentur zum Download bereitgestellten xlsx-Datei (Anlage 1) vollständig und richtig ausgefüllt zu übermitteln. Beim Ausfüllen der xlsx-Datei darf keine Veränderung an der Struktur vorgenommen werden. (Die Anlage 1 ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>, Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 8“ → „Aktuelles“.)
  - b) Den Datensätzen des Erhebungsbogens sind die darin aufgeführten Datendefinitionen zugrunde zu legen.
  - c) Maßgeblich zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit sind für die Datenübermittlung zum 30.04.2021 die Daten

zum 31.12.2018, 31.12.2019 und zum 31.12.2020 und für die Datenübermittlung zum 30.04.2022 die Daten zum 31.12.2019, 31.12.2020 und 31.12.2021. Es sind jeweils die Daten des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres neu zu übermitteln. Die Daten des vorletzten sowie des vorvorletzten Kalenderjahres werden, soweit diese der Bundesnetzagentur vorliegen, im Erhebungsbogen vorausgefüllt und dem jeweiligen Netzbetreiber über das Energiedatenportal zur Verfügung gestellt. Für die Datenübermittlung zum 30.04.2022 wird der Erhebungsbogen seitens der Bundesnetzagentur spätestens bis zum 01.03.2022 bereitgestellt.

- d) Für die elektronische Übermittlung des Erhebungsbogens haben die Netzbetreiber das Energiedatenportal unter dem Verfahren „Qualitätsregulierung Strom Netzzuverlässigkeit“ der Bundesnetzagentur zu nutzen. (Das Energiedatenportal ist direkt zugänglich unter der Adresse: <https://app.bundesnetzagentur.de/Energie/>). Sämtliche Dokumente müssen vor der Übertragung mit dem im Internet bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm (zu finden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de> → Elektrizität und Gas → Datenaustausch/Monitoring → Energiedatenportal → Verschlüsselungsprogramm) verschlüsselt werden.

## **Gründe**

### **I.**

1. Die Bundesnetzagentur hat durch Mitteilung auf ihrer Internetseite am 20.01.2021 und im Amtsblatt 2/2021 vom 27.01.2021 ein Verfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV und §§ 19 und 20 ARegV zur Festlegung über die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom eingeleitet.
2. Die Regulierungsbehörde entscheidet gemäß § 19 Abs. 1 und 2 ARegV über die Ausgestaltung und den Beginn der Anwendung des Qualitätselements.
3. Die Festlegung über die zu erhebenden Daten zur Bestimmung des Qualitätselements hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom berücksichtigt Vorgaben

aus der Festlegung über die nähere Ausgestaltung und das Verfahren zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit für Elektrizitätsverteilernetze nach den §§ 19 und 20 ARegV für die Jahre 2021 bis 2023 (Methodikbeschluss) (BK8-20/00001-A bis BK8-20/00007-A). Dabei wurde festgelegt, dass die Methodik zum in der Erlösbergrenzen-formel der Anlage 1 ARegV enthaltenen Qualitätselement ab dem 01.01.2021 bis zum Ende der dritten Regulierungsperiode Elektrizität fort gilt, jedoch jährlich auf Grundlage aktualisierter Daten neu bestimmt wird (sog. rollierendes Verfahren). Die einzelnen Erfassungsjahre werden dabei gleich häufig in das Qualitätselement einbezogen, da alle Jahre im rollierenden Verfahren das gleiche Gewicht haben.

4. Den betroffenen Wirtschaftskreisen wurde bis zum 12.02.2021 Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf dieses Festlegungstextes gegeben. Bis zum Ablauf der Frist sind 20 Stellungnahmen eingegangen. Diese Stellungnahmen thematisieren im Wesentlichen folgende Aspekte:

#### 4.1 Frist zur Datenabgabe

In den Stellungnahmen wurde gefordert, die Frist zur Abgabe der Daten zum Qualitäts-element (30.04.) zu verschieben. Es wurde darauf hingewiesen, dass zum 30.04. zusätzlich die Erhebung der Strukturparameter zum Effizienzvergleich Gas erfolge und die Daten für die Kostenprüfung Gas aufbereitet werden müssten. Diese Mehrbelastung sei gleichermaßen im Kalenderjahr 2022 für Stromnetzbetreiber zu erwarten. Ebenfalls erfolge im März/April eine umfangreiche Datenabgabe für den Monitoringbericht der Bundesnetzagentur. Weiterhin seien beispielsweise die Flächendaten häufig erst nach dem 30.04. verfügbar. Darüber hinaus würden die fortdauernden Corona-Maßnahmen auch in den nächsten Monaten zu Einschränkungen und Mehrbelastungen führen. Des Weiteren sollte für die Plausibilisierung der Qualitätselementsdaten weniger Zeit notwendig werden, durch die Umstellung auf das rollierende Verfahren.

## 4.2 Datenumfang

Es wurde eine weitergehende Erhebung von Strukturparametern gefordert, um die Aussagekraft des Strukturparameters Lastdichte anhand aktueller Daten zu überprüfen.

## 4.3 Definitionen

Es wurde darauf verwiesen, dass die Begriffe Ladepunkt und Ladeeinrichtung nicht eindeutig voneinander abgegrenzt seien und zu unterschiedlichen Zählweisen von Letztverbrauchern führen würden. Zudem könnten für private Ladepunkte für Elektromobile mit eigenem Zählpunkt besondere Verträge existieren. Ob diese nicht separat zu zählen sind, sei aus der Definition nicht zu erkennen.

5. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

## II.

### 1. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur in Bezug auf die Datenerhebung ergibt sich aus § 54 Abs. 1 Hs. 1 EnWG, § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV in Verbindung mit § 19 Abs. 1 ARegV und § 20 Abs. 4 ARegV. Danach sind die Kennzahlvorgaben unter Heranziehung der Daten von Netzbetreibern aus dem gesamten Bundesgebiet zu ermitteln und die Landesregulierungsbehörden haben das Recht, auf die von der Bundesnetzagentur ermittelten Kennzahlvorgaben, deren Kombination, Gewichtung oder monetären Bewertung

zurückzugreifen. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur ergibt sich aus § 54 Abs. 1 Hs. 1 EnWG, die der Beschlusskammer aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

### 2. Ermächtigungsgrundlage

Die Festlegung über die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom nach den §§ 19 und 20 ARegV erfolgt auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV. Danach kann die Regulierungsbehörde die zur Bestimmung der Erlösobergrenze

notwendigen Tatsachen ermitteln und von den Netzbetreibern die notwendigen Daten zur Bestimmung des Qualitätselementes nach § 19 ARegV erheben. Darüber hinaus erfolgt die Festlegung zur Datenerhebung auf § 69 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 7 EnWG. Danach ist die Bundesnetzagentur für das Verfahren zur Bestimmung des Qualitätselements zur Auskunft berechtigt. Die Festlegung ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 21a EnWG i.V.m. §§ 18 ff. ARegV erforderlich. Die Beschlusskammer weist darauf hin, dass Zuwiderhandlungen gegen die Auskunftsverfügung, die ausbleibende oder vorsätzlich oder fahrlässig fehlerhafte Erteilung der Auskunft, eine Ordnungswidrigkeit gem. § 95 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a) EnWG darstellen.

### 3. Adressatenkreis

Das Qualitätselement ist nach Maßgabe des § 20 ARegV unter Heranziehung der Daten von Elektrizitätsverteilternetzbetreibern aus dem gesamten Bundesgebiet zu ermitteln. Gemäß § 24 Abs. 3 ARegV findet das Qualitätselement nach § 19 ARegV für Elektrizitätsverteilternetzbetreiber im vereinfachten Verfahren keine Anwendung. Eine Abfrage von Daten gemäß dieser Festlegung würde die Elektrizitätsverteilternetzbetreiber im vereinfachten Verfahren somit unverhältnismäßig belasten und dem Sinn und Zweck der Regelung des § 24 ARegV entgegenstehen. Aus diesem Grund sind von Elektrizitätsverteilternetzbetreibern, die eine Genehmigung zur Teilnahme am vereinfachten Verfahren für die dritte Regulierungsperiode erhalten haben, keine Daten an die Bundesnetzagentur zu übermitteln.

Auf Betreiber geschlossener Verteilernetze sind die Vorgaben der auf Grundlage des § 21a EnWG erlassenen Anreizregulierungsverordnung (ARegV) nach § 110 Abs. 1 EnWG nicht anzuwenden. Aus diesem Grund sind zu geschlossenen Verteilernetzen keine Daten an die Bundesnetzagentur zu übermitteln.

Die übrigen Elektrizitätsverteilternetzbetreiber, die sich bundesweit im Regelverfahren in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörden oder in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur befinden, haben ihre Daten fristgemäß an die Bundesnetzagentur zu übermitteln, da diese nach § 19 Abs. 1 und § 20 Abs. 4 ARegV Kennzahlenvorgaben unter Heranziehung der Daten von Elektrizitätsverteilternetzbetreibern aus dem gesamten Bundesgebiet ermittelt.

#### 4. Netzübergänge

Die Daten zu den Kennzahlenwerten und zu den Strukturgrößen sind für das Netz entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten, jeweils zum 31.12 eines Kalenderjahres, anzugeben. Die Daten haben somit das jeweils zum 31.12. eines Kalenderjahres vorhandene Netz abzubilden. Der Gleichlauf der Kennzahlenwerte und der Strukturgrößen ist damit sichergestellt. Eine gesonderte Bereinigung der Daten um Netzübergänge erfolgt somit nicht.

Netzübergänge werden dadurch berücksichtigt, dass eine arithmetische und ungewichtete Mittelung über die im jeweiligen Kalenderjahr tatsächlich festgestellten und dem Netz zuzuordnenden Kennzahlenwerte sowie der Strukturparameter zur Bestimmung des Qualitätselementes erfolgt.

Eine rückwirkende Abbildung des vorhandenen Netzgebiets zum Zeitpunkt der Datenübermittlung entfällt. Dies mindert den Erhebungsaufwand bei den Netzbetreibern.

Führt ein Netzübergang nach dem 31.12.2020 bzw. nach dem 31.12.2021 zu einer Neugründung eines Netzbetriebes, so erfolgt für diesen neugegründeten Netzbetrieb keine Bestimmung eines Qualitätselements. Für Netzübergänge können die bestimmten Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenzen bzw. Anteile davon im Wege des Verfahrens nach § 26 ARegV übertragen werden.

#### 5. Zeitpunkt der Datenübermittlung

In der Festlegung wird für die Jahre 2021 und 2022 eine jährliche Übermittlung der Daten bis zum 30.04. bestimmt. Die Bestimmung einer entsprechenden Frist zur Datenübermittlung ist erforderlich, um zu dem vorgegebenen Zeitpunkt die Daten aller Elektrizitätsverteilternetzbetreiber zur Verfügung zu haben und anhand dieser Daten die Bestimmung des Qualitätselements operativ umsetzen zu können. Zudem entspricht der Termin der Frist zur Datenübermittlung nach § 52 Satz 1 EnWG.

Die Beschlusskammer weiß um die hohe Belastung auf Grund von Datenübermittlungen und -erhebungen, insbesondere parallel zum laufenden Verfahren zur Datenerhebung für die Bestimmung des Ausgangsniveaus für die Erlösobergrenze Gas. Auch wird die Beschlusskammer entsprechend der Festlegung BK8-20/00003-

A bis BK8-20/00007-A die Methodik für die Kalenderjahre 2022 und 2023 unverändert lassen, so dass Dateninhalte und -formate den Adressaten der Verpflichtung geläufig sind und aufbereitet vorliegen dürften.

Anders als in der Vergangenheit sind lediglich jeweils die Daten des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres neu zu übermitteln. Die Daten des vorletzten sowie des vorvorletzten Kalenderjahres werden, soweit diese der Bundesnetzagentur vorliegen, im Erhebungsbogen vorausgefüllt und dem jeweiligen Netzbetreiber über das Energiedatenportal zur Verfügung gestellt. Es ist zudem möglich, bis zum 30.04. die aggregierten Kennzahlen bezüglich der Versorgungsunterbrechungen für das jeweils letzte abgeschlossene Kalenderjahr beizubringen, zumal der Zeitpunkt der Datenübermittlung der Datensätze zu den Versorgungsunterbrechungen zum Qualitätselement dem Zeitpunkt der Datenabgabe nach § 52 EnWG entspricht. Es dürften sich keine Abweichungen in diesen inhaltsgleichen Datensätzen ergeben. Die Beschlusskammer stellt zudem sicher, dass etwaige Korrekturen der Daten nach § 52 EnWG auch bei dem Datensatz zum Qualitätselement Berücksichtigung finden.

Die Netzbetreiber müssen überdies gemäß § 27 StromNEV bereits zum 1. April eines Kalenderjahres die versorgte Fläche und gemäß § 17 StromNZV unverzüglich die Jahres-höchstlast veröffentlichen.

Eine Verschiebung der Datenübermittlungsfrist aufgrund der Corona-Pandemie ist nicht erneut geboten. Es hat sich gezeigt, dass die Netzbetreiber gleichwohl handlungsfähig sind.

Die Anordnung der Frist 30.04. ist im Übrigen auch erforderlich, um eine fristgerechte Festlegung der individuellen Qualitätselemente möglichst zu gewährleisten. Die Daten-übermittlung zu einem späteren Zeitpunkt als dem 30.04. würde dazu führen, dass die Festlegung der individuellen Qualitätselemente mit einem angemessenen Vorlauf zu dem für die Entgeltbildung relevanten Zeitpunkt bereits im Vorhinein in Frage gestellt wäre, auch wenn sich der Plausibilisierungsaufwand verringert haben sollte. Erst durch die Anordnung der Frist wird der Bundesnetzagentur die Möglichkeit eröffnet, die Datenübermittlungsverpflichtung gegebenenfalls nach § 94 EnWG durchzusetzen.



## 6. Datenumfang

6.1 Der zur Bestimmung des Qualitätselements hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom notwendige Datenumfang ergibt sich aus Anlage 1 und berücksichtigt die Vorgaben aus der Festlegung über die nähere Ausgestaltung und das Verfahren zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit für Elektrizitätsverteilernetze nach den §§ 19 und 20 ARegV für die Jahre 2021 bis 2023 (Methodikbeschluss) (BK8-20/00001-A bis BK8-20/00007-A). Somit werden neben den Daten zu den Versorgungsunterbrechungen des jeweils letzten abgeschlossenen Kalenderjahres zusätzlich die geografische Fläche sowie die zeitgleiche Jahreshöchstlast, zur Bestimmung der Lastdichte abgefragt. Darüber hinaus ist auch zu Plausibilisierungszwecken die Anzahl der Anschlusspunkte zu fremden Netzbetreibern anzugeben, die auf der gleichen Spannungsebene an das eigene Netz angeschlossen sind.

6.2 Zulässige Kennzahlen für die Bewertung der Netzzuverlässigkeit sind nach § 20 Abs. 1 ARegV u. a. die Dauer der Unterbrechung der Energieversorgung und die Häufigkeit der Unterbrechung der Energieversorgung. Für die Bestimmung der Netz-zuverlässigkeit der Elektrizitätsverteilernetze wird die Kennzahl SAIDI (System Average Interruption Duration Index) für die Niederspannungsebene und die Kennzahl ASIDI (Average System Interruption Duration Index) für die Mittelspannungsebene herangezogen. Die Kennzahlen SAIDI bzw. ASIDI (Nichtverfügbarkeitsindizes) beschreiben allgemein die mittlere kumulierte Dauer von Versorgungsunterbrechungen für einen Kunden in einem definierten Zeitraum.

6.3 Die Bestimmung des Qualitätselements knüpft an die Vorgaben der Allgemeinverfügung nach § 52 EnWG vom 22.02.2006 (Az. 605/8135) und auf die in diesem Zusammenhang zu meldenden Daten zu den Versorgungsunterbrechungen an. Die Allgemeinverfügung ist einsehbar über die Homepage der Bundesnetzagentur: <https://www.bundesnetzagentur.de> → Elektrizität und Gas → Versorgungssicherheit → Versorgungsunterbrechungen. Die Elektrizitätsverteilernetzbetreiber haben die Daten zur Ermittlung der Kennzahlen SAIDI und ASIDI unter Beachtung der Regelungen der Allgemeinverfügung nach § 52 S. 5 EnWG vom 22.02.2006 (Az. 605/8135) - oder der jeweils aktuell geltenden Festlegung

nach § 52 EnWG zur Meldepflicht bei Versorgungsstörungen - und den Vorgaben der Anlage 1 an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Weichen die hier übermittelten Daten von den gemäß § 52 EnWG an die Bundesnetzagentur gemeldeten Daten ab, sind diese Abweichungen zu begründen und gegebenenfalls nachzuweisen.

Nach der Allgemeinverfügung nach § 52 S. 5 EnWG vom 22. Februar 2006 (Az. 605/8135) werden geplante und ungeplante Versorgungsunterbrechungen, bei denen Letztverbraucher oder Weiterverteiler länger als 3 Minuten unterbrochen waren, erhoben. Eine Erfassung von Versorgungsunterbrechungen mit einer Dauer von weniger oder gleich 3 Minuten erfolgt nicht.

Die Berücksichtigung von Kennzahlenwerten für die Netzzuverlässigkeit umfasst jeweils drei Berichtsjahre, da die SAIDI/ASIDI-Werte zur Dämpfung von Volatilitäten über drei Kalenderjahre arithmetisch und ungewichtet gemittelt werden. Mit Stand zum 31.12.2020 sind die zu erhebenden Daten des Kalenderjahres 2020 bis zum 30.04.2021 und mit Stand zum 31.12.2021 die Daten des Kalenderjahres 2021 bis zum 30.04.2022 zu übermitteln. Die Daten zum 31.12.2018 und zum 31.12.2019 liegen der Bundesnetzagentur aufgrund der Festlegung BK8-20/00001-A bereits vor. Aus diesem Grund wird die Bundesnetzagentur jedem Netzbetreiber den aktuellen Erhebungsbogen über das Energiedatenportal mit der Veröffentlichung der Entscheidung zur Verfügung stellen, in welchem die Daten der Kalenderjahre 2018 und 2019, die der Bundesnetzagentur bereits aus dem vorherigen Qualitätselementverfahren vorliegen, vorausgefüllt sind. Liegen der Bundesnetzagentur im Einzelfall noch keine Daten vor, so erfolgt die vollständige Befüllung durch den Netzbetreiber. Der Erhebungsbogen für die Übermittlung der Daten des Kalenderjahres 2021 wird vorausgefüllt mit den Daten der Kalenderjahre 2019 und 2020 und bis spätestens zum 01.03.2022 seitens der Bundesnetzagentur über das Energiedatenportal zur Verfügung gestellt.

6.4 Gemäß § 20 Abs. 2 ARegV sind bei der Ermittlung der Kennzahlenvorgaben (Referenzwerte) gebietsstrukturelle Unterschiede zu berücksichtigen. Mit der Festlegung über die nähere Ausgestaltung und das Verfahren zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit für Elektrizitätsver-

teilernetze nach den §§ 19 und 20 ARegV für die Jahre 2021 bis 2023 (Methodikbeschluss) vom 02.12.2020 (BK8-20/00003-A bis BK8-20/00007-A) wurde bestimmt, dass in der Mittelspannungsebene bei der Bestimmung der Kennzahlenvorgabe (Referenzwert) zur Berücksichtigung gebietsstruktureller Unterschiede der Strukturparameter Lastdichte herangezogen wird. Dagegen entspricht in der Niederspannungsebene die einheitliche Kennzahlenvorgabe (Referenzwert) dem mit der Anzahl der Letztverbraucher gewichteten, arithmetischen Mittelwert der Zuverlässigkeitskennzahl SAIDI.

Unter der Lastdichte eines Jahres wird der Quotient aus der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen [in kW] und der geografischen Fläche [in km<sup>2</sup>] für die Mittelspannung verstanden.

Die zeitgleiche Jahreshöchstlast über alle Entnahmen ist definiert als die höchste zeitgleiche Summe aller Entnahmen (ohne Netzverluste) aus einer Netzebene. Entnahmen sind Abgaben an Letztverbraucher (das umfasst nach § 3 Nr. 25 EnWG Abgaben an Ladepunkte für Elektromobile sowie auch Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie, soweit diese Energie aus dem Netz der allgemeinen Versorgung beziehen), geschlossene Verteilernetze, Weiterverteiler und an die nachgelagerte Netzebene. Die Zeitgleichheit ist bezogen auf die jeweilige Netzebene, d. h. die Höchstwerte können in den einzelnen Netz- oder Umspannebenen zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftreten. Insoweit ist die Jahreshöchstlast gemäß Definition unabhängig von der Einspeisung in die Netzebene. Die zeitgleiche Jahreshöchstlast berücksichtigt ausschließlich Entnahmen aus der betrachteten Netzebene. Sie erhöht sich indes nicht durch das Vorhandensein dezentraler, volatiler Einspeisungen, da die Abnahmestruktur gleichbleibend ist. Auftretende Rückspeisungen aufgrund dezentraler, volatiler Einspeisungen, die sich ergeben, weil die Last der Abnehmer bereits gedeckt ist, werden explizit nicht bei der Ermittlung der zeitgleichen Jahreshöchstlast berücksichtigt. Somit hat die Höhe der dezentralen Einspeisung keinen Einfluss auf die Jahreshöchstlast der Entnahmen. Es besteht zudem kein Zusammenhang zwischen der zeitgleichen Jahreshöchstlast der Umspannebene Hochspannung/Mittelspannung

einerseits und der Netzzuverlässigkeit oder der Betroffenheit der Letztverbraucher in der Mittelspannung andererseits. Eine Abfrage der Jahreshöchstlast der vorgelagerten Umspannebene erfolgt daher nicht.

Hinsichtlich der zu verwendenden Referenzfunktion sei auf die Regelungen und Ausführungen des Methodikbeschlusses (BK8-20/00003-A (Bund), BK8-20/00005-A (OL Brandenburg), BK8-20/00007-A (OL Schleswig-Holstein) und der dazugehörigen Anlage 1 (Bericht) verwiesen. Hier wurde sowohl die Bedeutsamkeit des Bestimmtheitsmaßes wie auch die Robustheit der Funktion im Bereich kleinerer Last-dichten betrachtet. Dabei wurde im Ergebnis für die Mittelspannungsnetzebene die Verwendung der Lastdichte als einziger Parameter in der Gesamtschau als beste Lösung identifiziert. Die Methodik wurde für die verbliebene Dauer der dritten Regulierungsperiode festgelegt. Der vorliegende Beschluss beinhaltet insoweit lediglich die Umsetzung der bereits festgelegten Methodik hinsichtlich der für die netzbetreiberindividuellen Entscheidungen notwendigen Daten.

6.5 Die Auswahl zu erhebender Strukturgrößen dient der Sicherstellung belastbarer Ergebnisse und der Beschränkung des Erfassungs- und Plausibilisierungsaufwands.

6.6 Die Kennzahlenvorgaben sind nach Maßgabe des § 20 ARegV in Zu- oder Abschläge umzusetzen. Dabei ist die Differenz zwischen dem errechneten Referenzwert und dem individuellen Kennzahlenwert der entsprechenden Netzebene des Netzbetreibers mit der Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher und mit dem Monetarisierungsfaktor zu multiplizieren. Die Entscheidung über den jeweiligen Referenzwertes kann erst nach der Plausibilisierung und Analyse der Daten erfolgen und ist somit nicht Gegenstand dieser Festlegung.

6.7 Dabei sind sowohl die Daten zur Bestimmung der Kennzahlenwerte als auch die Daten zur Bestimmung der Kennzahlenvorgaben des jeweils letzten abgeschlossenen Kalenderjahres zu erheben. Die Bereitstellung der Daten aus dem jeweils vorletzten und dem vorvorletzten Kalenderjahr durch vorab seitens der Bundesnetzagentur befüllte Erhebungsbögen dient einer Vereinfachung bei der

Datenerhebung und der Entlastung von betroffenen Netzbetreibern. Die Vorbefüllung erfolgt nur, soweit die Daten der Bundesnetzagentur bekannt sind. Daten die der Bundesnetzagentur nicht bekannt sind, sind durch den Netzbetreiber zu ergänzen, allerdings nur für die Zeiträume in denen er selbst Betreiber des von der Qualitätsregulierung betroffenen Netzes war.

6.8 Hinsichtlich der sich nach Maßgabe der vorherigen Ausführungen ergebenden und zu übermittelnden Daten wird auf die Anlage 1 verwiesen. Zu übermitteln sind insbesondere:

- aggregierte Angaben und Kennzahlenwerte zu den Versorgungsunterbrechungen
- zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen
- geografische Fläche
- Anzahl der Anschlusspunkte an Netzbetreiber der gleichen Spannungsebene
- Anzahl der Letztverbraucher
- Installierte Bemessungsscheinleistung
- Erlösobergrenze und die jeweiligen Anteile der einzelnen Netz- und Umspannebenen an der Erlösobergrenze sowie die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile.

Bei der Abfrage gemäß § 52 EnWG und der Erhebung im Rahmen des Qualitätselementes handelt es sich um keine Doppelerhebung. Im Rahmen der Datenerhebung gemäß § 52 EnWG werden einzelne Daten zu Versorgungsunterbrechungen erhoben. Demgegenüber werden im Erhebungsbogen zur Qualitätsregulierung aggregierte Angaben und Kennzahlenwerte zur Netzzuverlässigkeit und weitere Struktur- und Erlösdaten abgefragt. Zudem liegen der Beschlusskammer auch aus anderen Verfahren nicht alle zur Berechnung der Qualitätselemente notwendigen Daten vor (z. B. Strukturdaten, Erlösobergrenzen etc.). Soweit Daten gemäß § 52 EnWG und § 35 EnWG im Verfahren herangezogen werden, dient dies dem Zweck der Durchführung von Plausibilitätskontrollen.

Darüber hinaus ist der Netzbetreiber in der Verantwortung, für das Verfahren der Qualitätsregulierung die aus seiner Sicht richtigen Daten an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Sollte sich bei der Durchführung der Datenanalyse herausstellen, dass für die sachgerechte Ermittlung der Qualitätselemente weitere Daten erforderlich sind, so behält sich die Beschlusskammer vor, diese weiteren Daten bei den Netzbetreibern abzufragen.

Angaben, die nicht vorliegen oder nicht ermittelt werden können, sind durch den Netzbetreiber ausnahmsweise zu berechnen oder möglichst exakt zu schätzen. Sollten Angaben berechnet oder geschätzt worden sein, so ist dies der Bundesnetzagentur gegenüber anzuzeigen. Die Verfahren zur Ermittlung dieser Angaben sind zu dokumentieren.

## 7. Einheitliche Datengrundlage

7.1 Die einzelnen Schritte zur Bestimmung des Qualitätselementes erfordern eine Auswertung von unternehmensscharfen Kennzahlenwerten bezüglich ihrer Versorgungsunterbrechungen sowie der zusätzlichen Daten zur Bestimmung der Referenzwerte und der Bestimmung der Auswirkung auf die individuelle Erlösobergrenze. Dafür wird der Aufbau eines einheitlich aktualisierten und über die bisher bei der Bundesnetzagentur vorliegenden Daten hinausgehenden Datenbestandes in dem aus der Anlage 1 ersichtlichen Umfang notwendig. Die Definition der Letztverbraucher wurde aufgrund der Unklarheiten bei der Zählung von Ladepunkten präzisiert.

7.2 Die Festlegung für die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselements nach den §§ 19 und 20 ARegV dient der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der Ziele des § 1 Abs. 1 EnWG. Eine belastbare, einheitliche Datengrundlage ist unabdingbare Voraussetzung für die Kennzahlen- und Referenzwertbildung im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom.

7.3 Zur Sicherstellung einer hinreichend belastbaren Datengrundlage wird die Bundesnetzagentur außerdem die übermittelten Daten einer netzbetreiberindividuellen Plausibilitätsprüfung unterziehen. Es wird insbesondere die Konsistenz

der Daten des übermittelten Datensatzes mit bislang vom Netzbetreiber zu Regulierungszwecken an die Regulierungsbehörden gemeldeten Daten bzw. von Netzbetreibern veröffentlichten Daten überprüft. Weiterhin werden Quervergleiche über alle am Verfahren teilnehmenden Netzbetreiber durchgeführt. Im Rahmen der Datenabfrage und Plausibilisierung sind die Netzbetreiber gehalten, entsprechende Erläuterungen bzw. Nachweise auf Nachfrage der Bundesnetzagentur zu übermitteln.

Wird eine Versorgungsunterbrechung dem Störungsanlass höhere Gewalt zugeordnet, ist dies näher zu erläutern. Hierzu hat die Bundesnetzagentur ihre „Hinweise zur Zuordnung von Versorgungsunterbrechungen zum Störungsanlass höhere Gewalt“ überarbeitet und veröffentlicht. Die Hinweise sind über die Internetseite der Bundesnetzagentur abrufbar: <https://www.bundesnetzagentur.de> → Netzentgelte → Stromnetzbetreiber → Qualitätselement.

Der Netzbetreiber hat die Zuordnungen zum Störungsanlass höhere Gewalt nachvollziehbar und überprüfbar darzulegen. Ist dies im Zusammenhang mit den Meldepflichten bei Versorgungsunterbrechungen nach § 52 EnWG nicht bereits erfolgt, so hat der Netzbetreiber die Möglichkeit, dies im Rahmen der vorliegenden Datenabfrage nachzuholen.

Bei der Bestimmung des Qualitätselementes ist grundsätzlich jede Versorgungsunterbrechung zu berücksichtigen, da diese zu einer schlechteren Versorgungsqualität führt und für Verbraucher mit Unannehmlichkeiten verbunden ist. Angaben und Erläuterungen zur höheren Gewalt sind daher im Einzelnen hinsichtlich ihrer Plausibilität im Rahmen des weiteren Verfahrens eingehend zu überprüfen. Die abschließende Entscheidung darüber, welche Versorgungsstörung im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes höhere Gewalt darstellt, ist nicht Gegenstand dieser Festlegung.

7.4 Wie bereits im Rahmen der vorangegangenen Festlegung der individuellen Qualitäts-elemente wird die Bundesnetzagentur den beteiligten Netzbetreibern nach Abschluss der Datenprüfung wiederum Datenquittungen übermitteln.

7.5 Die Bereitstellung eines einheitlichen Datenformats ermöglicht die vereinfachte Dateneingabe auf der Grundlage einer nutzerfreundlichen Bedieneroberfläche. Dieses Datenformat gewährleistet ferner das Zustandekommen einheitlicher Datensätze im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes und ist somit eine notwendige Voraussetzung für eine zügige und verlässliche Kennzahlenbildung.

7.6 Der Erhebungsbogen (Anlage 1 zu dieser Festlegung) ist vollständig und richtig ausgefüllt und ohne Veränderung hinsichtlich der Struktur – beispielsweise durch Einfügen oder Streichen von einzelnen Tabellenblättern, Spalten oder Zeilen – über das Energiedatenportal der Bundesnetzagentur zu übermitteln. Der Erhebungsbogen stellt ausschließlich einen Eingabebogen dar, welcher schreibgeschützt zur Verfügung gestellt wird. Nur diese Vorgehensweise ermöglicht eine zügige und zuverlässige Datenplausibilitätsprüfung, Kennzahlen- und Referenzwertbildung. Die Anordnung, für die Datenübermittlung das von der Bundesnetzagentur bereitgestellte Energiedatenportal als Übertragungsweg zu verwenden, ermöglicht angesichts der Anzahl der Netzbetreiber einen möglichst fehlerfreien und strukturierten Datenrücklauf. Schriftliche Mitteilungen zur Änderung einzelner Felder des Erhebungsbogens oder die Über-sendungen von Teilen oder von aktualisierten neuen Erhebungsbögen per E-Mail o-der auf Datenträger erfüllen nicht die notwendigen Mindestvoraussetzungen und können aus technisch-administrativen Gründen nicht berücksichtigt werden. Bei Verletzung der oben genannten Verpflichtungen stehen der Bundesnetzagentur die Befugnisse nach § 94 EnWG sowie nach § 30 ARegV zur Verfügung.

7.7 Die Festlegung zu Umfang, Zeitpunkt und Form der Datenerhebung ist zur Gewährleistung eines belastbaren, einheitlichen Datenbestandes als Basis für die Ermittlung des Qualitätselementes erforderlich und angemessen. Im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes werden aus den Kennzahlenwerten die Kennzahlenvorgaben (Referenzwerte) als gewichtete Durchschnittswerte unter



Berücksichtigung gebiets-struktureller Unterschiede ermittelt. Weicht ein Netzbetreiber hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit von den Kennzahlenvorgaben ab, so werden auf seine Erlösobergrenze Zu- oder Abschläge vorgenommen. Die Bedeutung der Kennzahlenermittlung für die nachfolgenden Prozessschritte macht nicht nur eine aussagekräftige, sondern auch eine ihrem Format nach einheitliche Datengrundlage erforderlich. Zur belastbaren und sachgerechten Ermittlung der Kennzahlenvorgaben müssen die unternehmens-spezifischen Daten in dem in der Festlegung bestimmten Umfang gemeldet werden. Die durch die Vorgaben zu den einheitlichen Datenformaten und Übermittlungswegen entstehende Belastung der Unternehmen erweist sich vor diesem Hintergrund als erforderlich.

7.8 Die Belastung der Unternehmen hat die Bundesnetzagentur auch bei der Bestimmung des Umfangs insofern in ihre Betrachtung einbezogen, als sie den Umfang der Daten auf das Mindestmaß der für die Bestimmung des Qualitätselementes notwendigen Daten beschränkt. Vor diesem Hintergrund erweist sich die hieraus bei den Unternehmen entstehende Belastung durch den festgelegten Datenumfang als angemessen.

## 8. Bekanntmachung der Entscheidung

Da die Festlegung gegenüber einer Vielzahl betroffener Netzbetreiber erfolgt, nimmt die Beschlusskammer, in Ausübung des ihr nach § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG zustehenden Ermessens, eine öffentliche Bekanntmachung der Festlegung vor. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden (§ 73 Abs. 1a S. 2 EnWG). Die Festlegung gilt gemäß § 73 Abs. 1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

## **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Bourwieg

Albrecht

Petermann